



Herrn Bundespräsidenten
Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg
10557 Berlin

Aktionsbüro:

Stadt Solingen
Bonner Str. 100
42697 Solingen

Nicole Borninghoff
Tel.: 0212 – 290 2561
Mobil: 0160 – 90 69 09 94
E-Mail: n.borninghoff
@solingen.de

Solingen, den 26.09.2023

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

zur Aufgabe eines beziehungsweise einer kommunalpolitisch Verantwortlichen, sei es im Ehrenamt, vor allem aber im Hauptamt, gehört es, Dinge und Entscheidungen zu erklären. Denn wir, die wir in unseren Städten und Gemeinden tätig sind, sind erreichbar. Wir sind Bürgerinnen und Bürger unserer Städte, sind Nachbarn, im gleichen Verein, stehen an der gleichen Supermarktkasse oder auf dem Wochenmarkt. Und wissen Sie, welches Wort uns dabei nicht mehr verlässt? Das kleine Wort „Warum“!

Warum sehen unsere Straßen und Schulen so aus? Warum bekomme ich keinen Platz in der Kindertagesstätte? Warum zahle ich hier so viel Grundsteuern und Gebühren? Warum muss ich so lange auf einen Termin warten? Und, und, und.

Unsere Antwort: Es fehlt an allen Ecken Geld, uns quälen hohe Altschulden, wir können kaum noch unsere pflichtigen Aufgaben finanzieren und trotz Ankündigung kommt die zugesagte Hilfe nicht.

Bis hierhin laufen die Gespräche oft noch einigermaßen sachlich. Häufig aber geht es weiter: Warum habt ihr Geld für Geflüchtete, für die ganzen Leute, die ihr Geld vom Jobcenter bekommen... Und dann wird es häufig nicht nur geschmacklos, sondern beängstigend.

Herr Bundespräsident, nicht nur an der erschreckenden Zunahme von Zustimmung zu extremen Parteien, sondern auch zu extremen Aussagen macht uns massive Sorge. Der soziale Friede und die demokratischen Grundwerte in unseren Städten bewegen sich auf sehr dünnem Eis. Die Menschen erleben aus ihrer Sicht, dass die staatlichen Ebenen versagen, wie aktuelle Umfragen bestätigen. Selbst das Vertrauen zu den Handelnden vor Ort nimmt dramatisch ab.

Das erleben wir genauso in Schwerin und Cuxhaven wie in Duisburg, Remscheid, Pirmasens oder Saarbrücken, kurz: in allen Mitgliedskommunen unseres Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“, in dem sich die finanzschwachen Städte und Gemeinden zusammengeschlossen haben. In diesen Kommunen leben mehr als 8,5 Millionen Menschen.

Wir müssen die Städte und Gemeinden in den Stand versetzen, dass sie ihren Aufgaben in einem vernünftigen Maß nachkommen können. Sie müssen in der Lage sein, die kommunale Daseinsvorsorge wie die medizinische Versorgung oder Mobilität zu sichern sowie ihren Beitrag für gute Bildung und den Klimaschutz zu leisten. Zudem müssen sie auch in angespannten Zeiten Sorge dafür tragen, dass keine soziale Schieflage entsteht, dass niemand aus der Sicherung herausfällt.

Wir brauchen Ihre Hilfe. Ihre Worte sind starke Zeichen, Ihr Signal an die Verantwortlichen im Bund könnte den gordischen Knoten durchschlagen, der derzeit die Altschuldenhilfe und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen verhindert. Um nicht weniger bitten wir Sie, damit uns „das Haus nicht über dem Kopf zusammenbricht“ und damit wir auf das „Warum“ wieder Antworten geben können, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Kommunen und unseren Staat als Ganzes stärken.

Mit kommunalen Grüßen

Burkhard Mast-Weisz
Oberbürgermeister
der Stadt Remscheid

Markus Zwick
Oberbürgermeister
der Stadt Pirmasens

Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal

Christoph Gerbersmann
Kämmerer
der Stadt Hagen

Dirk Glaser
Bürgermeister
der Stadt Hattingen

Martin Murrack
Kämmerer
der Stadt Duisburg

Barbara Meyer
Stadtkämmerin
der Stadt Saarbrücken

Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister
der Stadt Schwerin

Andrea Pospich
Stadtkämmerin
der Stadt Cuxhaven

- Sprecherinnen und Sprecher des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ -